



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 05.01.2012

**Niederschrift**

über die **18. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 19.12.2011, 15:00 Uhr bis 17:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Horst Thelen GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

**Sachkundige Bürgerin**

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Helga Schlapka SPD

Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Es fehlen entschuldigt:**

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Georg Scheferhoff	auf Vorschlag der Grünen
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Turan Özküçük	LDK
--------------------	-----

Herr Thelen begrüßt die Anwesenden.

Er fragt nach Einwendungen gegen die letzte Niederschrift. Herr Löwisch merkt an, dass bei „Entschuldigt fehlen“ niemand eingetragen ist, obwohl er und Herr Bronisz sich entschuldigt hatten. In den Niederschriften werden in der Regel die Abwesenden nicht gesondert aufgeführt, die im Internet veröffentlichte Niederschrift der letzten Sitzung wird entsprechend korrigiert.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Mitteilungen**

- 1.1 Restaurierung des Kleingehöftes Fenger-Schöngen (Az.: 02-1600-84/09)  
4876/2011
- 1.2 Nächtlicher Fluglärm in Köln- Stammheim  
4630/2011
- 1.3 Bilanz der Beschlüsse 2011  
4973/2011

- 1.4 Unterrichtung des Ausschusses über zurückgewiesene Eingabe  
4807/2011
- 1.5 Solarenergie auf städtischen Dächern  
Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7  
4676/2011
- 1.6 Unterrichtung des Ausschusses über zurückgewiesene Eingabe ("Taubenvergrämung", 02-1600-88/11)  
5053/2011
- 1.7 Bebauung des Grundstückes Linzer Str./Düsternichstr. in Köln-Sülz mit einer temporären Kita  
5045/2011

## **2 Anfragen**

- 2.1 Mündliche Anfragen
  - 2.1.1 Bewohnerparken in Sülz
  - 2.1.2 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen
  - 2.1.3 Genehmigungsverfahren bei Straßenbaumaßnahmen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Brüsseler Platz (02-1600-73/11)  
4440/2011
  - 3.1.1 Sachstand "Brüsseler Platz"  
3996/2011
- 3.2 Bewohnerparken für motorisierte Zweiräder (02-1600-60/11)  
4364/2011
- 3.3 Bürgeranregung: Verkehrssituation auf der Gleueler Straße (02-1600-53/11)  
3680/2011

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **4 Mitteilungen**

### **5 Anfragen**

#### 5.1 Mündliche Anfragen

#### 5.2 Schriftliche Anfragen

### **6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

#### **1.1 Restaurierung des Kleingehöftes Fenger-Schöngen (Az.: 02-1600-84/09) 4876/2011**

Frau Domke spricht sich für einen Dank an die Denkmalpflege aus, dass sie sich so für das Projekt eingesetzt hat.

#### **1.2 Nächtlicher Fluglärm in Köln- Stammheim 4630/2011**

Herr Schneider ist mit der Erklärung der Verwaltung nicht einverstanden, dass die Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) im Vorfeld darum gebeten habe, aus Kostengründen auf eine ursprünglich zusätzlich vorgesehene Messung in Flittard zu verzichten. Er hält es für wichtig, dass dort auch eine Lärmmessung durchgeführt wird und bittet die Verwaltung, die Mitteilung mit diesem Hinweis erneut in den Umweltausschuss zu geben.

Herr Fischer bemängelt, dass die Messungen aufgrund der Kürze der Messdauer nicht repräsentativ seien. Er fragt, ob es hierfür nicht gesetzliche Grundlagen gäbe.

Herr Wiener hält ebenfalls längerfristige Messzeiten für erforderlich, um auch die Intervall-Lärmquellen erfassen zu können.

Herr Schneider verweist auf einen Artikel im Kölner-Stadt-Anzeiger vom 16.12.2011, in dem über Veränderungen des Lärmschutzbereichs um den Flughafen Köln-Bonn informiert wird. Er bittet ggf. zu prüfen, ob sich hieraus neue Erkenntnisse ergeben.

#### **1.3 Bilanz der Beschlüsse 2011 4973/2011**

Über die Vorlage soll in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

#### **1.4 Unterrichtung des Ausschusses über zurückgewiesene Eingabe 4807/2011**

Herr Thelen kritisiert, dass in der Vorlage die betroffene Person namentlich genannt ist.

Nachträgliche Info der Verwaltung: Die Vorlage wurde für den öffentlichen Zugang (Internet) gesperrt.

#### **1.5 Solarenergie auf städtischen Dächern Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7 4676/2011** Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- 1.6 Unterrichtung des Ausschusses über zurückgewiesene Eingabe ("Taubenvergrämung", 02-1600-88/11)  
5053/2011** Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.
- 1.7 Bebauung des Grundstückes Linzer Str./Düsternichstr. in Köln-Sülz mit einer temporären Kita  
5045/2011**

Über die Vorlage soll in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

## **2 Anfragen**

### **2.1 Mündliche Anfragen**

#### **2.1.1 Bewohnerparken in Sülz**

Frau Herbers-Rauhut fragt, ob für den Stadtteil Sülz Überlegungen über die Einrichtung eines Bewohnerparkgebietes bestehen.

Herr Droske teilt mit, dass der Geschäftsstelle eine Bürger-Anregung für die Einrichtung eines Bewohnerparkgebietes vorliegt, die zur Beschlussfassung der Bezirksvertretung 3 vorgelegt wird (nachträgliche Info: Die entsprechende Beschlussvorlage 4121/2011 ist für die Sitzung der Bezirksvertretung 3 am 30.01.2012 vorgesehen).

#### **2.1.2 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen**

Herr Stöckert fragt nach dem Ergebnis der vor einiger Zeit beschlossenen Anregung des Ausschusses zu ermäßigten Schülertickets für den Öffentlichen Nahverkehr.

Der Ausschuss hat am 13.12.2010 zu der Mitteilungs-Vorlage 5173/2010 folgenden Beschluss gefasst:

*Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.*

*Der Ausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie dem Verkehrsausschuss, die Verwaltung (und die KVB) zu beauftragen, weitere Möglichkeiten zu prüfen (zum Beispiel Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr), die die Kostenbelastung für Eltern bei Klassenfahrten reduzieren.*

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

#### **2.1.3 Genehmigungsverfahren bei Straßenbaumaßnahmen**

Herr Koch fragt nach dem Verfahren für die Genehmigung zur Sperrung von Parkflächen bei Straßenbaumaßnahmen. Herr Rothe und Herr Mayer erläutern das Verfahren. Bei Fragen oder dem Anschein von nicht genehmigten Sperrungen kann der Ordnungs- und Verkehrsdienst unter der Tel. Nr. 221-32000 oder per E-mail ([Ordnungs-und-Verkehrsdienst@stadt-koeln.de](mailto:Ordnungs-und-Verkehrsdienst@stadt-koeln.de)) kontaktiert werden.

## **2.2 Schriftliche Anfragen**

### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **3.1 Brüsseler Platz (02-1600-73/11) 4440/2011**

Herr Kühl, als Vertreter der beiden Petenten, erläutert die Eingabe. Er macht deutlich, dass die Petenten der Darstellung der Verwaltung widersprechen, dass die vom Moderator vorgeschlagenen Maßnahmen bereits Erfolge gehabt hätten.

Herr Mayer nimmt für die Verwaltung zu der Eingabe Stellung. Er führt beispielhaft auf, wie die Verwaltung auf die Beschwerden der Anwohner reagiert hat:

- Bei den Lärmbelästigungen durch die Flaschensammler nach 24.00 Uhr schreitet der Ordnungsdienst ein.
- Der Spielplatz soll Mitte 2012 umgestaltet werden
- Die zusätzliche Außengastronomie bringt mehr Ordnung auf den Platz und reduziert die Nutzfläche für die geräuschintensiven übrigen Gäste.
- Ein Verkaufsverbot von Alkohol für die Kioskbetreiber scheitert daran, dass diese oftmals auch eine Gaststättenkonzession besitzen.
- Einschränkungen für den Taxi-Verkehr: Nach Auskunft des Taxi-Rufs Köln, wird dort keine Gefahr gesehen.
- Müll und Verschmutzung: Der Platz wird in der betreffenden Jahreszeit täglich nachts und am frühen Morgen gesäubert.

Herr Dr. Wiener, der externe Moderator, erläutert seine Empfehlungen. Die beiden maßgeblichen Maßnahmen seien die Erweiterung der Außengastronomie und die Ansprache der Besucher durch Ordnungsamt und Polizei. Dadurch habe sich schon eine spürbare Verbesserung der Situation auf dem Brüsseler Platz ergeben, die im nächsten Jahr aber fortgeführt werden müsse. Insbesondere die gemeinsame Präsenz von städtischem Ordnungsdienst und Polizei habe Wirkung auf die Besucher. Herr Mayer ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei sehr erfolgreich sei, diese aber aufgrund anderer Prioritäten dort nicht dauerhaft präsent sein könne.

Herr Schneider, SPD, spricht seine Sorge über die Schilderung der Petenten aus, dass auf dem Spielplatz Alkohol konsumiert und von Jugendlichen verkauft würde. Er sieht auch die Polizei in der Pflicht, bei ordnungsbehördlichen Verstößen den städtischen Ordnungsdienst zu unterstützen.

Herr Kretschmer, Grüne, sieht ein Problem in dem derzeitigen Ladenschlussgesetz. Auch der REWE-Markt in der Nähe des Brüsseler Platzes habe bis 0.00 Uhr geöffnet. Die Verwaltung sollte bei Landesregierung für eine Regulierung des Ladenschlusses plädieren.

Herr Mayer, Verwaltung, versichert, dass der Jugendschutz eins der wichtigsten Ziele des Ordnungsdienstes sei. Verstöße würden umgehend geahndet, sofern dies mit dem verfügbaren Personal erkannt wird.

Herr Wiener, Pro Köln, sieht die Versuche der Moderation am Brüsseler Platz als gescheitert an und plädiert für ein konsequenteres Vorgehen der Verwaltung. Am Roncalliplatz sei die Verwaltung lange Zeit auch davon ausgegangen, dass man keine Handhabe gegen die Skater habe und nun sei doch ein anderer Weg gefunden worden. Herr Wiener schlägt daher eine geänderte Beschlussfassung mit dem Ziel eines neuen Maßnahmenkatalogs für den Brüsseler Platz vor.

Herr Löwisch, Linke, weist auf das stadtweite Problem mit „Wildpinklern“ hin und plädiert, dagegen vorzugehen. Er unterstützt das bisherige Konzept und plädiert für eine Fortführung des Maßnahmenkatalogs.

Herr Zimmermann, Deine Freunde, bezweifelt die Wirksamkeit der Erweiterung der Außengastronomie. Er schlägt vor, im Beschluss aufzunehmen, dass die Verwaltung sich bei der Landesregierung für eine gesetzliche Grundlage zur Regulierung der Probleme am Brüsseler Platz einsetzt.

Herr Thelen lässt über die geänderten Beschlussvorschläge abstimmen:

#### **Änderungsantrag von Herrn Wiener, Pro Köln:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingaben und der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme. Der Ausschuss unterstützt die Vorschläge der Petenten und bittet die Verwaltung, auf dieser Grundlage einen neuen Maßnahmenkatalog für 2012 zu erstellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt, gegen Pro Köln.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingaben und der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme. Der Ausschuss unterstützt das Vorgehen der Verwaltung und das Bemühen, in Abstimmung mit Politik, Anwohnern und Nutzern des Brüsseler Platzes an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten. Er spricht sich für die folgenden Maßnahmen aus:

- Fortführung der Mediation
- Konsequentes Vorgehen gegen „Wildpinkler“ und andere ordnungsbehördliche Verstöße
- Appell an die Polizei zur Unterstützung des städtischen Ordnungsdienstes
- Appell an das Land NRW: Veränderung der rechtlichen Möglichkeiten, um insbesondere gegen den Verkauf von Alkohol und Glasflaschen vorgehen zu können (beispielsweise ein Verkaufsverbot wie in Baden-Württemberg)
- Die Petition soll im nächsten Sachstandsbericht der Verwaltung an den Ausschuss AVR und die Bezirksvertretung 1 berücksichtigt werden
- Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und die Petenten sind über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung von Pro Köln.

**3.1.1 Sachstand "Brüsseler Platz"  
3996/2011**

**3.2 Bewohnerparken für motorisierte Zweiräder (02-1600-60/11)  
4364/2011**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung. Der Ausschuss unterstützt das Vorgehen der Verwaltung und hält eine Änderung der bestehenden Regelungen nicht für erforderlich.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Bürgeranregung: Verkehrssituation auf der Gleueler Straße (02-1600-53/11)  
3680/2011**

Herr Schneider unterstützt grundsätzlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung, bittet aber zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die Sichtbarkeit der Querungshilfe, z. B. durch zusätzliche Fahrbahnmarkierungen zu verbessern. Er schlägt außerdem vor, im Beschluss den Begriff „Beschwerde“ durch „Anregung“ zu ersetzen.

Frau Domke regt an, die Sichtbarkeit durch LED-Leuchten zu verbessern.

Herr Zimmermann schlägt vor, einen Appell an das Innenministerium zu richten, um den städtischen Ordnungsbehörden auch in Tempo 30-Abschnitten Geschwindigkeitsmessungen möglich zu machen. Außerdem sollte dafür geworben werden, auch außerhalb geschlossener Ortschaften Zebrastreifen anlegen zu dürfen.

Herr Thelen spricht sich gegen die weitere Kennzeichnungsmöglichkeit auf öffentlichen Straßen aus, da dies mitunter zu einem vermeintlichen Sicherheitsgefühl mit einer verminderten Achtsamkeit führt.

Herr Rothe teilt für die Verwaltung mit, dass der Vorschlag der Prüfung einer besseren Sichtbarkeit der Querungshilfe aufgenommen wird.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Da die Stadtverwaltung selbst keine weiteren Möglichkeiten der Verkehrskontrolle hat, sie die Polizei aber über die Anregung informiert hat, empfiehlt der Ausschuss dem Petenten die Kontaktaufnahme mit der örtlichen Polizeidienststelle.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, zu prüfen, wie die Sichtbarkeit der Querungshilfe verbessert werden kann. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und der Petent sind über das Ergebnis zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

**4      Mitteilungen**

**5      Anfragen**

**5.1    Mündliche Anfragen**

**5.2    Schriftliche Anfragen**

**6      Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Thelen  
Vorsitzender

Droske  
Schriftführer